

Reales, das vom politischen Gegner kommt. Bei Wahlkampfauftritten von Trump brandete der Jubel seiner Anhänger auch dann auf, wenn der Mehrheit unter ihnen bewusst war, dass Aussagen des Präsidenten keinerlei Basis in der Wirklichkeit hatten wie die Ankündigung, es würden neue Industrieanlagen in einem wirtschaftlich und infrastrukturell geplagten Staat des *Rust Belt* entstehen – sie jubelten ungeachtet der den meisten wohl bekannten Tatsache, dass diese Anlagen in China gebaut werden. Der einst von dem Marineoffizier Stephen Decatur, einem Helden des Krieges gegen Großbritannien von 1812 bis 1814 geprägte Spruch *Our country! In her intercourse with foreign nations, may she always be in the right. But our country: right or wrong!* gilt nicht nur für eine traditionelle, inzwischen weithin überkommene Einschätzung der Rolle der USA in den internationalen Beziehungen (zu Decatur, dem berühmten Zitat und zu dem lange gepflegten *America can't do wrong* kommen wir später zurück), sondern auch für das innen- und gesellschaftspolitische Selbstverständnis. Wenn es »mein Präsident« ist, der es sagt, kann es nicht falsch sein, selbst wenn es falsch ist. Ein Trump-Anhänger wird dessen Worte stets den Ausführungen eines Anderson Cooper oder eines Don Lemon von CNN vorziehen. Damit soll indes nicht behauptet werden, dass nur konservative Amerikaner Zuflucht in einer alternativen Realität suchen. Auch bei den als »links« eingestuften Strömungen gibt es eine selektive Wahrnehmung. Gerade angesichts der Auswüchse rechter Gewalt muss man sich fragen, in welcher Welt manche der gerade vom genannten CNN und vergleichbaren Medien hofierten sogenannten »Aktivisten« (ein Wort, das im Mainstream-Media-Speak wie in vergangenen Zeiten ein Adelstitel mit einem Hauch von Verehrung benutzt wird) der Black Lives Matter-Bewegung leben, wenn sie *Defund the Police!*, also eine radikale Kürzung der Polizeibudgets fordern. Die Verbitterung gegenüber Gesetzeshütern ist nach scheußlichen Gewaltakten durch einzelne Polizisten gegen Afroamerikaner zwar verständlich, eine solche pauschale Verdammnis einer ganzen Berufsgruppe, ohne die Amerikas Gesellschaft angesichts der allgegenwärtigen Schusswaffen möglicherweise längst in einer Orgie der Gewalt untergegangen wäre, aber geradezu selbstmörderisch. Wer würde die Bewohner benachteiligter

Stadtviertel vor Aufmärschen bewaffneter Rassistengruppen schützen, wenn nicht die Polizei?

Eine divergente Wahrnehmung durch unterschiedliche Bevölkerungs- und Wählerschichten wurde auch bei der großen Krise der Gegenwart, der Coronavirus-Pandemie sichtbar. Trump tat den Virus in einer Frühphase der Pandemie als besiegt ab, bevor die USA das Land mit der höchsten Zahl von Todesopfern wurden. Dementsprechend hat sich seither eine Zweiteilung der Antwort auf die Bedrohung herauskristallisiert. Trump-Anhänger waren und sind teilweise immer noch weniger besorgt als Anhänger der Demokraten, republikanische Gouverneure und Bürgermeister zögerten weitaus länger, zum Beispiel eine Maskenpflicht in öffentlichen Räumen einzuführen. Die insgesamt schwache Reaktion der Regierung auf die neuartige Herausforderung hat möglicherweise weniger an Trumps Stammwählerpotenzial gerüttelt als bei jenen Wechselwählern und Unabhängigen für Entfremdung gesorgt, die 2016 für seinen Wahlsieg entscheidend waren. Für die Mainstream-Medien, deren Rund-um-die-Uhr-Thema Nummer eins die Pandemie ist – nicht nur in den USA! – war Trumps schwache Reaktion ein eklatantes Zeichen seiner mangelnden Befähigung zum höchsten Staatsamt.

Unzweifelhaft gingen seine rückläufigen Umfragewerte mit der Ausbreitung der Pandemie einher. Für Beobachter, die im Wahljahr 2020 nicht ausschließlich auf die Epidemiologie, sondern auf das Politik- und Demokratieverständnis der Kandidaten blickten, war etwas anderes bedenklicher. Bei den Demokraten traten zunächst mehr als zwanzig Persönlichkeiten an, was eine erfrischende Manifestation von Vielfalt und Engagement war, nachdem vier Jahre zuvor das Feld von vornherein zu Gunsten der Kandidatin des Establishments, Hillary Clinton, bestellt – Anhänger von Bernie Sanders würden sagen: manipuliert – war. Bei den Republikanern war Trump unumstritten. Im Laufe des reduzierten Wahlkampfes, in dem es nur wenige Massenveranstaltungen angesichts Lockdowns und *social distancing* gab und in dem die Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien überwiegend virtuell stattfand, ließ Trump wiederholt verlauten, dass es für ihn nur zwei denkbare Wahlausgänge geben konnte: seinen Sieg oder eine gestohlene, eine manipulierte Wahl. Mit dieser Einstellung, die man vermutlich als

eine Attacke auf die amerikanische Verfassung, zumindest aber als eine Geringschätzung der *Constitution* ansehen mag, legte er bei den radikaleren, den eher zu einer gewalttätigen Verarbeitung von Frustrationen neigenden Teilen seiner Anhängerschaft einen gefährlichen Grundstein.

Er sollte sich in diese düstere Vision bis hin zu einem offensichtlichen totalen Realitätsverlust steigern. Die Demokraten entschieden sich nach einem weitgehend fairen Reigen von *primaries*, von Vorwahlen, relativ frühzeitig für einen sicheren Kandidaten. Mit Joe Biden schickte man einen erfahrenen Politiker aus der Mitte des ideologischen Spektrums ins Rennen. Der in sogenannte einfache Verhältnisse hineingeborene Biden hatte den Staat Delaware 36 Jahre im Senat vertreten und war acht Jahre lang der Vizepräsident während der Amtszeit Barack Obamas. Mit bei Amtsantritt 78 Jahren ist Biden der älteste amerikanische Präsident und der erste aus dem kleinen Staat Delaware. Biden, ein über Parteigrenzen weithin geschätzter Mann, hatte in seinem Leben Schwierigkeiten wie sein Stottern und Tragödien zu überwinden: Seine erste Frau und seine kleine Tochter wurden im Dezember 1972, wenige Wochen nach seiner erstmaligen Wahl in den Senat, bei einem Autounfall getötet. Möglicherweise nachhaltige Folgen hatte der Tod seines Sohne Beau im Mai 2015 im Alter von nur 46 Jahren an einer Krebserkrankung. Dieser Verlust, der Biden schwer traf, war wahrscheinlich der Grund für ihn, 2016 nicht für die Präsidentschaft zu kandidieren. Es ist ein interessantes Gedankenspiel sich vorzustellen, wie die USA heute aussähen, wie ihr *standing* in der Welt wäre, hätte Biden bereits damals schon kandidiert - es dürfte nicht unrealistisch sein zu vermuten, dass mit ihm anstelle von Hillary Clinton auf dem Ticket der Demokraten es nie zu einer Präsidentschaft Trumps gekommen wäre.

Der Wahlsieg Bidens über Trump, zu dem es dann vier Jahre später kam, war sowohl im Wahlmännerkollegium als auch bei der Zahl der absoluten Wählerstimmen deutlich. Im Gegensatz zu dem Sieg Trumps 2016 (er bekam nur eine Minderheit der Wählerstimmen), der noch in der Wahlnacht feststand, dauerte es 2020 mehrere Tage bis zum Endergebnis. Vor allem in den *swing states*, in den Staaten, in denen ein Wechsel von Trump zu Biden erwartet wurde (wie in

Wisconsin und Pennsylvania) oder in denen dies einer völligen Neuordnung der politischen Verhältnisse entsprach (wie in Arizona und Georgia) wurde lange und wiederholt ausgezählt. Angesichts der a priori-Ankündigung Trumps, seine Wahlniederlage als Wahlbetrug anzusehen, wurde dort wahrscheinlich gewissenhafter gezählt als je zuvor in der jüngeren US-Geschichte. Das hinderte Trump freilich nicht, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen und ungeachtet mehrere Dutzend Niederlagen vor verschiedenen Gerichten im Laufe der nächsten Wochen weiter von einer gestohlenen Wahl zu schwadronieren. Das Verhalten des *chief executive* war ein neuerlicher Angriff auf die amerikanische Verfassung und ein Schlag ins Gesicht von Zehntausenden von Wahlhelfern (dass diese in Georgia oft schwarz waren, wie bei der Demografie des Staates nicht überraschend, verleitete einige seiner Anhänger zu rassistischen Tiraden). Es folgten Anrufe bei – republikanischen – Offiziellen mit der Aufforderung, ihm die notwendigen Stimmen zu beschaffen. Lassen wir noch einmal Ex-FBI-Chef James Comey zu Wort kommen: »Er hat sich wie ein Mafiaboss der Cosa Nostra verhalten. Das amerikanische Volk hat 2016 einen sehr schlechten Menschen gewählt. Zum Glück erkennen das immer mehr Leute.«<sup>[4]</sup>

Für viele indes bedurfte es dazu erst der Ereignisse des 6. Januar 2021. Die Bilder vom Sturm eines Capitols durch einen Mob entsetzten Amerikaner unterschiedlicher politischer Überzeugung bis auf *die hard*-Anhänger des scheidenden Präsidenten, die darin einen Akt sehen, *to take our country back*, ihr Land zurückzubekommen von vermeintlichen Feinden. Man suchte nach Vergleichen, nach Ländern, in denen so etwas möglich war und recherchierte auf der Landkarte und bei Wikipedia nach Staaten in Afrika und ehemaligen Sowjetrepubliken. Wie konnten die USA, so fragten sich Amerikaner, so tief sinken? Die Sprache der Bilder war eindrücklich, das Gegröle des Mobs in den Wandelgängen des Capitols verstörend, die von einem der Aufrührer bereit gehaltenen Plastikhandschellen ließen gar noch Schlimmeres, gerade noch Verhindertes – eine geplante Geiselnahme von Abgeordneten, wie zum Beispiel der dritthöchsten Person im Lande, der Sprecherin des Repräsentantenhauses? – vermuten. Die Zeitschrift *The Economist*, linker Tendenzen unverdächtig, zeigte in ihrem Editorial auf den

Verantwortlichen: »Vor vier Jahren stand Donald Trump vor dem Capitol, um vereidigt zu werden und versprach das ›amerikanische Blutbad‹ (*American carnage*) zu beenden. Seine Amtszeit endet damit, dass der amtierende Präsident einen Mob auffordert, zum Kongress zu marschieren - und ihn dann zu loben, nachdem er zur Gewalt gegriffen hatte. Seid nicht im Zweifel, dass Mr. Trump der Autor dieses tödlichen Angriffs auf das Herz der amerikanischen Demokratie ist. Seine Lügen haben die Unzufriedenheit gestärkt, seine Missachtung der Verfassung diese auf den Kongress gerichtet und seine Demagogie hat die Lunte angezündet. Die übertragenen Szenen von dem das Capitol stürmenden Mob, die in Moskau und Beijing Häme auslösten und in Paris und Berlin beklagt wurden, sind die Mr. Trumps unamerikanische Präsidentschaft definierenden Bilder.«<sup>[5]</sup>

Der Hinweis auf die Hauptstädte der Verbündeten weist auf ein Dilemma, das die USA noch für einige Zeit begleiten wird und das eine der zahlreichen Herausforderungen für Präsident Biden sein wird. Über viele Jahre haben sich amerikanische Regierungen - und Medien - ein Urteil über andere Länder und deren demokratische oder undemokratische Systeme angemaßt. Diese Rolle als Juror auf der Weltbühne hat einen schweren Schaden erlitten. So schrieb eine große Tageszeitung wenige Tage nach dem Wüten des Mobs im Herzen der amerikanischen Volksvertretung nachdenklich: »Der versuchte Staatsstreich im Capitol bedroht Amerikas Rolle als weltweiter Promoter der Demokratie. Das Spektakel von Trump, wie er seine Anhänger über die grundlosen Vorwürfe von Wahlbetrug zum Capitol in Bewegung setzt während dort die Volksvertreter den Wahlsieg von Joe Biden zertifizieren, ist ein Propaganda-Coup für Washingtons Feinde. Es hat weltweit Pro-Demokratie-Bewegungen untergraben und ein Modell für Mächtigen-Autokraten geliefert.«<sup>[6]</sup>

Die jüngsten Ereignisse haben deutlich gemacht, dass sich der zwiespältige Charakter der amerikanischen Nation nicht länger hinter irgendwelchen Rekordwerten des Dow Jones, dem medial so viel beachteten burschikosen Charme von Start-up-Idolen aus Silicon Valley und dem Medaillenspiegel von Olympischen Spielen, all diesen Manifestationen des permanenten amerikanischen Um-jeden-Preis-siegen-Müssen, verstecken lässt. Es gibt nicht ein Amerika, glanzvoll